

# Klienten-Info

Ausgabe 5/2010

## Inhaltsverzeichnis:

<b>1</b>	<b>REGIERUNGSVORLAGE ZUM BUDGETBEGLEITGESETZ 2011</b>	<b>1</b>
1.1	Änderungen bei der Einkommensteuer	2
1.2	Änderungen bei der Körperschaftsteuer	6
1.3	Änderungen im Umgründungssteuergesetz	6
1.4	Sonstige steuerliche Maßnahmen	7
1.5	Änderungen bei der Familienbeihilfe	8
1.6	Änderungen im uGB, im Privatstiftungsgesetz und bei Gerichtsgebühren	9
1.7	Tipps zum Jahresende – wie Sie dem Sparpaket heuer noch ein Schnippchen schlagen ....können!	11
<b>2</b>	<b>STEUERSPLITTER</b>	<b>12</b>
2.1	Umsatzsteuer: Neuer Leistungsort bei Seminaren und Kongressen	12
2.2	Umsatzsteuer: Neue UVA- und Jahreserklärungsgrenzen ab 2011	12
<b>3</b>	<b>ÄNDERUNGEN BEI LOHNSTEUER UND SOZIALVERSICHERUNG</b>	<b>13</b>
3.1	Fiktion einer Nettolohnvereinbarung	13
3.2	Lohnsteuerhaftung für Arbeitnehmer	13
3.3	Neuregelung der Auslandsmontage	13
3.4	Lohnnebenkosten für freie Dienstnehmer	14
3.5	Verteuerungen der Sozialversicherung durch das BBG 2011	14
3.6	Aktuelle Sozialversicherungswerte 2011	14
<b>1</b>	<b><u>REGIERUNGSVORLAGE ZUM BUDGETBEGLEITGESETZ 2011</u></b>	

Die umfangreichen steuerlichen Änderungen im Rahmen der Budgetsanierung liegen seit 30.11.2010 als Regierungsvorlage vor (RV zum Budgetbegleitgesetz 2011 - BBG 2011). Sie sollen noch vor Weihnachten im Parlament beschlossen und bis zum Jahreswechsel im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden. Im

Rahmen der derzeit laufenden parlamentarischen Behandlung können in einzelnen Bereichen noch Änderungen vorgenommen werden, über welche Sie in der nächsten Ausgabe der Klienten-Info informiert werden. Auch wenn wesentliche Änderungen sehr unwahrscheinlich sind, bleibt die endgültige Beschlussfassung im Parlament jedenfalls abzuwarten.

## 1.1 ÄNDERUNGEN BEI DER EINKOMMENSTEUER

### 1.1.1 Die neue Vermögenszuwachsbesteuerung bei Kapitalanlagen (Wertpapier-KESt neu)

Diese Besteuerung soll jene Wertpapiere treffen, die ab dem 1.1.2011 angeschafft werden. Die Abfuhr der Einkommensteuer soll direkt durch die Banken durchgeführt werden. Aufgrund der Komplexität und der notwendigen Zeit für die Vorbereitungsmaßnahmen der Banken wird dieser automatische Abzug der Steuer erst ab 1.10.2011 durchgeführt werden. Bei Wertpapierveräußerungen bis zu diesem Zeitpunkt gelten noch die bisherigen Besteuerungsgrundsätze

(z.B. Veräußerung von Wertpapieren innerhalb eines Jahres sind gem. § 30 EStG mit dem vollen Einkommensteuersatz belastet).

Es sind komplizierte Regelungen für den Ausgleich zwischen Gewinnen und Verlusten vorgesehen, welche die Bank automatisch berücksichtigt, soweit diese Gewinne und Verluste im gleichen Depot realisiert werden. Wenn es Depots bei verschiedenen Banken mit Verlusten und Gewinnen gibt, muss der Steuerpflichtige selbst aktiv werden. Nebenkosten für die Anschaffung und laufende Depotspesen für die Wertpapiere werden ab 1.10.2011 steuerlich nicht mehr berücksichtigt.

Von dieser Vermögenszuwachssteuer sind **auch Beteiligungen an GmbHs erfasst**. Für diese Vermögenszuwächse tritt eine bedeutende **Verschlechterung** in Kraft. Bisher wurde die Veräußerung von GmbH-Beteiligungen (ab 1 %) mit dem halben Steuersatz besteuert, wobei aber Anschaffungsnebenkosten und sonstige Kosten (z.B. Zinsen für den aufgenommenen Finanzierungskredit) den Gewinn gekürzt haben. Diese Veräußerungsgewinne unterliegen derzeit (bis 30.9.2011) der halben Einkommensteuer. **Ab dem 1.10.2011** werden diese Veräußerungsgewinne **pauschal mit 25 %** versteuert.

Es sind aber ab diesem Zeitpunkt außer dem Kaufpreis weitere **Werbungskosten** (Anschaffungsnebenkosten und Zinsen) steuerlich **nicht mehr abzugsfähig**. Daher wird es unter Umständen ratsam sein, eine eventuell geplante **Veräußerung** von solchen Beteiligungen noch **vor dem 30.9.2011** durchzuführen.

- **Verlustausgleich**

**Verluste aus der Veräußerung von Kapitalanlagen** können **innerhalb eines Kalenderjahres mit laufenden Erträgen und Veräußerungsgewinnen aus Aktien, GmbH-Anteilen, Anleihen, Investmentfonds und Derivaten ausgeglichen** werden. Es können daher zB Kursverluste aus Aktien, Anleihen oder Derivaten mit Dividenden erträgen, Anleihezinsen oder Kursgewinnen aus Aktien, Anleihen oder Derivaten ausgeglichen werden, nicht jedoch mit Zinsen aus Bankguthaben und Sparbüchern! Zwecks Durchführung des Verlustausgleichs muss durch Einreichung einer Einkommensteuererklärung eine Steuerveranlagung beantragt werden (**Verlustausgleichsoption**), bei der die zuviel bezahlte KESt vom Finanzamt rücker-

stattet wird. Ergeben die beim Verlustausgleich zusammengefassten Kapitaleinkünfte insgesamt einen Verlust, so darf dieser nicht mit anderen Einkünften (zB Lohneinkünften oder Einkünften als Einzelunternehmer) ausgeglichen und auch nicht in zukünftige Perioden vorgetragen werden. Der Ausschluss eines Verlustvortrags wird angesichts der aktuellen Judikatur des Verfassungsgerichtshofes von vielen Experten als verfassungswidrig angesehen.

- **Besteuerung von Investmentfonds**

Die Fondsbesteuerung wird teilweise vereinfacht, teilweise aber verkompliziert. Da bei Investmentfonds, die bei einer inländischen Depotbank gehalten werden, die Besteuerung vom Fonds selbst bzw der Depotbank vorgenommen wird, muss sich der Anleger in diesem Fall mit den komplizierten Bestimmungen nicht selbst auseinander setzen. Nachfolgend daher nur ein kurzer Überblick über die wichtigsten Änderungen:

- **Besonderheiten im betrieblichen Bereich**

Die neue Vermögenszuwachsbesteuerung gilt – wie die Endbesteuerung der Zinsen – grundsätzlich **auch im betrieblichen Bereich von einkommensteuerpflichtigen Unternehmern**. Dabei sind folgende Besonderheiten zu berücksichtigen:

- Verluste aus Teilwertabschreibungen oder aus der Veräußerung von Kapitalanlagen (inklusive Beteiligungen) können zur Hälfte mit anderen betrieblichen Einkünften ausgeglichen oder vorgetragen werden.
- Betriebsausgaben im Zusammenhang mit betrieblichen Kapitalanlagen sind – soweit erkennbar – abzugsfähig.
- Bei im betrieblichen Bereich gehaltenen Investmentfonds sind wie bisher weiterhin 100 % der Substanzgewinne steuerpflichtig.

- **Regelbesteuerungsoption**

Alternativ zur Besteuerung aller Kapitaleinkünfte mit 25 % kann durch Abgabe einer Einkommensteuererklärung ein Antrag auf Regelbesteuerung, dh zur Versteuerung mit dem allgemeinen Steuertarif (Steuersätze bis zu 50%), gestellt werden. Dies macht allerdings nur dann Sinn, wenn neben den Kapitaleinkünften noch Abzugsposten, wie etwa außergewöhnliche Belastungen oder Sonderausgaben (einschließlich eines allfälligen Verlustvortrages aus betrieblichen Einkünften), geltend gemacht werden können. Werbungskosten und Anschaffungsnebenkosten können aber auch bei der Regelbesteuerungsoption nicht abgesetzt werden.

- **Sonstige Änderungen bei der Besteuerung von Kapitalvermögen**

- Beim Kauf von Wertpapieren wird bei der Stückzinsenabrechnung ab 2011 keine KEST mehr gutgeschrieben. Die Stückzinsen gehören vielmehr zu den Anschaffungskosten und werden steuerlich erst bei der Veräußerung der Anleihe über die höheren Anschaffungskosten wirksam.
- Die Mindestlaufzeit für die Steuerfreiheit von Lebensversicherungen wird für Vertragsabschlüsse nach dem 31.12.2010 von 10 Jahren auf 15 Jahre angehoben.

### 1.1.2 Änderungen bei der steuerlichen Forschungsförderung

Die bisherigen Forschungsfreibeträge („Frascati“-Freibetrag von 25 %, Freibetrag für volkswirtschaftlich wertvolle Erfindungen von 25 bzw 35 % und Freibetrag für Auftragsforschung) können letztmalig für das Kalenderjahr 2010 bzw Wirtschaftsjahr 2010/11 geltend gemacht werden. Zum Ausgleich dafür wird die bisherige **Forschungsprämie von 8% auf 10 %** erhöht. Die Forschungsprämie kann für alle Aufwendungen (Ausgaben) für **eigenbetriebliche Forschung** („Frascati-Forschung“) und für **Auftragsforschung** (Obergrenze: Aufwendungen bzw Ausgaben bis 100.000 € pro Wirtschaftsjahr) geltend gemacht werden. Die Forschung muss künftig in einem inländischen Betrieb oder einer inländischen Betriebsstätte stattfinden.

### 1.1.3 Erhöhung des Pendlerpauschales um 10 %

Als Ausgleich für die Erhöhung der Mineralölsteuer wird das Pendlerpauschale ab 2011 wie folgt erhöht:

	Einfache Wegstrecke	1.7.2008 – 31.12.2010	ab 1.1.2011
Kleines Pendlerpauschale	20 bis 40 km	630 €	<b>696 €</b>
	40 bis 60 km	1.242 €	<b>1.356 €</b>
	über 60 km	1.857 €	<b>2.016 €</b>
Großes Pendlerpauschale	2 bis 20 km	342 €	<b>372 €</b>
	20 bis 40 km	1.356 €	<b>1.476 €</b>
	40 bis 60 km	2.361 €	<b>2.568 €</b>
	über 60 km	3.372 €	<b>3.672 €</b>

Der **Pendlerzuschlag** (für Arbeitnehmer, deren Einkommen unter der Besteuerungsgrenze liegt) wird von bisher 240 € auf **251 €** erhöht.

Das **amtliche Kilometergeld** wurde ab 1.7.2008 befristet mit 31.12.2010 auf 0,42 € angehoben. Diese zeitliche Befristung wird nunmehr aufgehoben. Für Motorräder gilt zusätzlich ab 2011 ein einheitliches Kilometergeld – unabhängig vom Hubraum - von 0,24 €. Das Kilometergeld für mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegte Wegstrecken wird ersatzlos gestrichen.

	bis 31.12.2010	ab 1.1.2011
PKW und Kombi	0,42 € (befristet)	<b>0,42 € (unbefristet)</b>
Motorräder	bis 250m <sup>3</sup> : 0,14€ über 250m <sup>3</sup> : 0,24€	<b>einheitlich 0,24 €</b>
Fußweg von mehr als 2km oder Fahrrad	0,233 € /0,465 €	<b>0,00 €</b>

#### 1.1.4 Sonstige einkommensteuerliche Änderungen

- **Alleinverdienerabsetzbetrag / Pensionistenabsetzbetrag**

Alleinverdienern **ohne Kind** steht ab 2011 kein **Alleinverdienerabsetzbetrag** mehr zu (bisher 364 € pa). Als Ausgleich wird bei Pensionisten der **Pensionistenabsetzbetrag** von 400 € auf **764 € angehoben**, wenn die steuerpflichtigen Pensionsbezüge höchstens 13.100 € pa betragen und das Einkommen des Ehepartners 2.200 € nicht übersteigt. Durch eine Änderung bei den **außergewöhnlichen Belastungen** soll sichergestellt werden, dass auch ohne Anspruch auf den Alleinverdienerabsetzbetrag für den Ehepartner weiterhin **Mehraufwendungen aus einer Behinderung ohne Selbstbehalt** abgesetzt werden können, vorausgesetzt, dass das Einkommen des Ehepartners 6.000 € nicht übersteigt.

- **Sonderausgaben**

- Die elektronische Datenübermittlung als Voraussetzung für die im Vorjahr eingeführte Abzugsfähigkeit von **Spenden** für mildtätige uä Zwecke soll **auf 2012 verschoben** werden. Bis dahin können diese Spenden noch durch Überweisungsbelege oder Bestätigungen der Spendenorganisationen nachgewiesen werden.
- Die **Inlandsbeschränkung für Sonderausgaben** in Zusammenhang mit der **Errichtung von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen** entfällt. Diese Beträge können aber nur mehr dann als Sonderausgaben abgesetzt werden, wenn das neu errichtete Eigenheim oder die Eigentumswohnung zumindest zwei Jahre als Hauptwohnsitz genutzt wird.
- **Kirchenbeiträge** bis zu 200 € pa können ab 2011 auch für in Österreich gesetzlich anerkannte **Religiönsgemeinschaften mit EU- oder EWR-Sitz** als Sonderausgaben abgesetzt werden.
- Die **Sonderausgabenbegünstigung für Genussrechte und junge Aktien und Wohnbauanleihen entfällt ab der Veranlagung 2011.**

- **Jobticket**

Zur Förderung der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel wird die Regelung über den Werkverkehr ausgeweitet. Arbeitnehmer, die grundsätzlich Anspruch auf ein Pendlerpauschale haben, können ab 2011 die Kosten für ein öffentliches Verkehrsmittel steuerfrei vom Arbeitgeber ersetzt bekommen.

- **Vermietung und Verpachtung**

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat kürzlich die Verweigerung des Verlustvortrages bei Vermietungseinkünften als verfassungswidrig erkannt. Als Reaktion darauf wird mit dem BBG 2011 aber nicht der Verlustvortrag auf außerbetriebliche Einkünfte ausgedehnt werden, sondern es wird für Vermietungseinkünfte eine neue Verteilungsmöglichkeit für außergewöhnliche Ausgaben (zB Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung) auf 10 Jahre eingeführt. Damit soll erreicht werden, dass auch ohne Verlustvortrag Verluste aus der Vermietungstätigkeit nicht verloren gehen können. Die Verteilung auf 10 Jahre kann auch bereits bei der Veranlagung 2010 beantragt werden.

- **KESt-Befreiung für Dividenden ab 10 %**

Dividendenzahlungen an eine inländische Kapitalgesellschaft waren bisher nur ab einer unmittelbaren Beteiligung von 25 % von der KESt befreit. Ab 1.10.2011 wird die Beteiligungsgrenze auf 10 % gesenkt. Die KESt-Befreiung gilt auch bei mittelbar (zB über eine Personengesellschaft) gehaltenen Beteiligungen.

## **1.2 ÄNDERUNGEN BEI DER KÖRPERSCHAFTSTEUER**

### **1.2.1 Erhöhung der Zwischensteuer bei Privatstiftungen**

Derzeit werden bei Privatstiftungen Zinsenerträge und Gewinne aus der Veräußerung von qualifizierten Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (Beteiligung ab 1 %) mit 12,5 % Zwischensteuer besteuert. Dieser Zwischensteuersatz wird ab der Veranlagung 2011 auf 25 % (= KESt-Satz) angehoben. Zusätzlich unterliegen ab 2011 auch alle Wertsteigerungen bei Kapitalanlagen, soweit sie von der neuen Vermögenszuwachssteuer (siehe oben Punkt 1.1.1) erfasst werden, der erhöhten Zwischensteuer von 25 %. Auch die auf 25 % erhöhte Zwischensteuer wird wie bisher nur insoweit erhoben, als nicht im selben Jahr KESt-pflichtige Zuwendungen an Begünstigte getätigt werden.

### **1.2.2 Steuerpflicht für Liegenschaftsveräußerungen bei Privatstiftungen**

Gewinne aus der Veräußerung von Liegenschaften sind in Stiftungen – wie auch beim Stifter selbst – derzeit nach Ablauf der 10-jährigen Spekulationsfrist steuerfrei. Wenn einer der (Zu-) Stifter eine juristische Person ist, werden Veräußerungsgewinne aus Liegenschaften ab 2011 generell (also auch außerhalb der Spekulationsfrist) mit 25 % Körperschaftsteuer besteuert. Diese Regelung ist nicht nur für neu zugewendete Grundstücke anzuwenden, sondern gilt auch für alle zum 31.12.2010 noch in der 10-jährigen Spekulationsfrist befindlichen und damit steuerhängigen Grundstücke.

## **1.3 ÄNDERUNGEN IM UMGRÜNDUNGSSTEUERGESETZ**

Die bei Umwandlung einer Kapitalgesellschaft auf ein Einzelunternehmen oder eine Personengesellschaft vorgesehene Ausschüttungsfiktion, durch welche die Besteuerung der bis zur Umwandlung nicht ausgeschütteten Gewinne sichergestellt werden soll, wird neu gefasst und berücksichtigt in Hinkunft auch die Auswirkungen von Vorumgründungen (ab Stichtag 1.1.2008). Anzuwenden ist die Neuregelung auf Umwandlungen, die nach dem 31.12.2010 beschlossen werden.

## 1.4 SONSTIGE STEUERLICHE MAßNAHMEN

### 1.4.1 Bankenabgabe

Mit der als „Bankenabgabe“ bekannt gewordenen Stabilitätsabgabe sollen Banken einen Beitrag von rd 500 Mio € zur Budgetsanierung leisten. Die bilanzsummenabhängige Steuer ist nach Größe der Bank gestaffelt und belastet vor allem die Großbanken.

### 1.4.2 Abschaffung der Kreditvertragsgebühr

Im Gegenzug zur Einführung der Bankenabgabe werden ab 1.1.2011 keine Gebühren mehr für Darlehens- und Kreditverträge eingehoben. Es gilt das Urkundenprinzip. Daher sollten allfällige Urkunden für Kredite erst nach dem 31.12.2010 errichtet werden. Dies gilt auch für Gesellschafterdarlehen und Gesellschafterkredite. Nicht aufgehoben werden die Mietvertragsgebühr und die Gesellschaftsteuer.

### 1.4.3 Flugticketabgabe

Für alle Abflüge von einem österreichischen Flughafen gilt ab **1.4.2011** eine **Flugabgabe** für ab 1.1.2011 gekaufte Tickets. Für **Kurzstreckenflüge** (zB Inland, Europa, Nordafrika, Russland) werden **8 €**, für **Mittelstreckenflüge** (zB Afrika) **20 €** und für **Langstreckenflüge 35 €** pro Ticket eingehoben. Steuerschuldner ist der Luftfahrzeughalter. Ausländische Luftfahrzeughalter ohne Sitz oder Betriebsstätte in Österreich müssen einen Fiskalvertreter bestellen. Flugplatzhalter haften für die Abgabe, können sich durch Erfüllung bestimmter Aufzeichnungspflichten aber von ihrer Haftung befreien.

### 1.4.4 Mineralölsteuer (MöSt)

Die MöSt wird um einen CO<sub>2</sub>-Zuschlag von 20 € pro Tonne erhöht. Das ergibt eine **Anhebung um 5 Cent (6 Cent inkl USt) pro Liter Diesel und 4 Cent (4,8 Cent inkl USt) pro Liter Benzin**. Zur Entlastung der Spediteure wird die Kfz-Steuer um rd 40 % gesenkt (siehe unten), für Pendler wird das Pendlerpauschale um 10 % erhöht (siehe Punkt 1.1.3).

### 1.4.5 Senkung der Kraftfahrzeugsteuer

Die Kfz-Steuer soll ab 1.1.2011 für jede angefangene Tonne höchstes zulässiges Gesamtgewicht pro Monat auf folgende Steuerbeträge gesenkt werden:

- Fahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis zu 12 Tonnen: **1,55 €** (bisher: 2,54 €), mindestens **15 €** (bisher: 21,80 €);
- Fahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 12 Tonnen bis zu 18 Tonnen: **1,70 €** (bisher: 2,72 €);
- Fahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 18 Tonnen: **1,90 €** (bisher 3,08 €), höchstens **80 €** (bisher 123,40 €); Anhänger **höchstens 66 €** (bisher: 98,72 €).



#### 1.4.6 Normverbrauchsabgabe (NovA)

Für **Neuwagen mit hohem Schadstoffausstoß** (über 160g CO<sub>2</sub>) wird bereits jetzt ein CO<sub>2</sub>-Zuschlag zur Normverbrauchsabgabe (NovA) von 25 € je g/km eingehoben. In der Zeit von **1.3.2011 bis 31.12.2012 erhöht** sich dieser **Zuschlag** wie folgt:

- Schadstoffausstoß über 180 g/km bis 220 g/km: 50 € je g/km
- Schadstoffausstoß ab 220 g/km: 75 € je g/km

Ab 1.1.2013 werden die Schadstoffausstoßgrenzen um je 10 g/km gesenkt, sodass die oben angeführten CO<sub>2</sub>-Zuschläge bereits bei den Grenzen von 150/170/210 g/km erhoben werden.

#### 1.4.7 Abschaffung Energieabgabenvergütung für Dienstleistungsunternehmen

Die für energieintensive Unternehmen bestehende Möglichkeit einer teilweisen Rückvergütung der bezahlten Energieabgaben wird ab 1.1.2011 **auf Produktionsunternehmen eingeschränkt**, sofern die EU-Kommission dieser Maßnahme zustimmt. Die Zustimmung ist notwendig, da die Rückvergütung durch die Einschränkung auf Produktionsunternehmen eine **genehmigungspflichtige staatliche Beihilfe** darstellt. Der VfGH hat die Einschränkung auf Produktionsbetriebe bereits in der Vergangenheit als zulässig erachtet.

#### 1.4.8 Umsatzsteuer

**Reinigungsleistungen** werden ab 1.1.2011 in das **Reverse Charge-System für Bauleistungen** (Übergang der Umsatzsteuerschuld des Subunternehmers auf den auftraggebenden Bauunternehmer) einbezogen. Voraussetzung dafür ist, dass der **Auftraggeber (Leistungsempfänger) selbst ein Bauunternehmer** ist, also seinerseits mit der Erbringung von Bau- bzw Reinigungsleistungen beauftragt ist oder üblicherweise selbst Bau- bzw Reinigungsleistungen erbringt. Ist der Auftraggeber des Reinigungsunternehmens selbst nicht Bauunternehmer, tritt keine Änderung in der bisherigen Abrechnung ein.

#### 1.4.9 Versicherungssteuer

Für **ab 1.2011 abgeschlossene Kapitalversicherungsverträge mit Einmalerlag** wird die Versicherungssteuer von 11 % auf 4 % ermäßigt, wenn sie eine **Höchstlaufzeit von mindestens 15 Jahren** (bisher 10 Jahre) haben. Die bisherige Steuerbefreiung für die **Übertragung des Deckungserfordernisses an eine Pensionskasse** entfällt; derartige Übertragungen werden ab 2011 mit 2,5 % Versicherungssteuer besteuert, wenn die übertragenen Leistungszusagen alle Beschäftigte oder bestimmte Gruppen von Beschäftigten betreffen; andernfalls beträgt der Steuersatz 4 %.

#### 1.5 ÄNDERUNGEN BEI DER FAMILIENBEIHILFE

Ein heftig diskutiertes Thema war in den letzten Wochen die **beabsichtigte Kürzung der Familienbeihilfe bei Studenten**. Hier wurden in der Regierungsvorlage noch einige „Kanten abgeschliffen“:



- Die **allgemeine Altersgrenze** für die Familienbeihilfe wird **ab 1.7.2011** um 2 Jahre verkürzt und auf das **vollendete 24. Lebensjahr** herabgesetzt. Bei Studien mit einer **gesetzlichen Studiendauer von mindestens 10 Semestern** (zB Medizin, Technik) gilt als Altersgrenze das **vollendete 25. Lebensjahr**, wenn das Studium spätestens mit 19 Jahren begonnen wurde. Diese Ausnahmeregelung gilt auch für Personen, die vor Beginn des Studiums eine freiwillige praktische Hilfstätigkeit bei bestimmten gemeinnützigen Organisationen ausgeübt haben.
- Für **Mütter, Schwangere, erheblich behinderte Kinder** sowie für **Personen, die den Präsenz-, Zivil- oder Ausbildungsdienst absolvieren bzw absolviert haben und sich in Berufsausbildung befinden**, wird ab 1.7.2011 die Altersgrenze ebenfalls um zwei Jahre auf das **vollendete 25. Lebensjahr** herabgesetzt.
- Die **dreimonatige Weiterzahlung der Familienbeihilfe** nach Abschluss der Ausbildung wird ab 1.3.2011 nur mehr gewährt, wenn nach Abschluss der Schulausbildung unmittelbar eine Berufsausbildung begonnen wird (zB Studium nach der Matura).
- Die **13. Familienbeihilfe** wird ab 2011 auf 100 € reduziert und nur mehr für 6- bis 15-jährige Kinder ausbezahlt.
- Der **Mehrkindzuschlag**, der einkommensschwachen Familien ab dem 3. Kind zusteht, bleibt erhalten, wird ab 2011 aber von 36,40 € auf 20 € pro Monat und Kind reduziert.
- Die Familienbeihilfe für **18- bis 21-jährige Arbeitslose** wird ab 1.3.2011 gestrichen.
- Die **jährliche Zuverdienstgrenze** für volljährige Kinder in Berufsausbildung wird von bisher 9.000 € auf **10.000 € angehoben**.
- Im Sinne einer EU-rechtskonformen Regelung soll gesetzlich geregelt werden, dass für Bezüge eines Dienstnehmers, der weiterhin der österreichischen Sozialversicherung unterliegt, auch dann der Dienstgeberbeitrag abzuführen ist, wenn er im Ausland bei einem ausländischen Dienstgeber tätig ist.

## 1.6 ÄNDERUNGEN IM UGB, IM PRIVATSTIFTUNGSGESETZ UND BEI RICHTSGBÜHREN

### 1.6.1 Rigorose Bestrafung bei verspäteter Offenlegung des Jahresabschlusses im Firmenbuch!

Angesichts der nur geringen Bereitschaft vieler Kapitalgesellschaften, die **gesetzlich normierten Offenlegungspflichten** (insbesondere Einreichung des Jahresabschlusses samt Lagebericht beim Firmenbuch innerhalb von 9 Monaten nach Bilanzstichtag) zu erfüllen, sieht das BBG 2011 für diesbezügliche Verstöße künftig **rigorose Strafen** vor:

- Wenn eine Kapitalgesellschaft ihren **gesetzlichen Offenlegungsverpflichtungen nicht zeitgerecht nachkommt** (also zB den Jahresabschluss samt Lagebericht nicht innerhalb der neunmonatigen Frist beim Firmenbuch einreicht), wird sie ab 2011 **ohne Vorwarnung zwingend** (kein Ermessen des Firmenbuchgerichts!) **mit einer Zwangsstrafe von 700 € bestraft** (es sei denn, dass die Offenlegung am Tag vor der Erlassung der Zwangsstrafverfügung noch bei Gericht einlangt). Bestraft werden sowohl die Organe (zB Geschäftsführer einer GmbH) als auch die Gesellschaft selbst: Eine GmbH mit drei Geschäftsführern wird daher insgesamt 4 x bestraft!
- Wird der **Jahresabschluss weiterhin nicht eingereicht**, wird die Zwangsstrafe von 700 € in der Folge **alle zwei Monate** verhängt (wiederum verpflichtend!). Bei Organen von mittelgroßen Kapitalgesellschaften erhöht sich die Zwangsstrafe ab der 2. Vorschreibung auf 2.100 € pro Person, bei Organen von großen Kapitalgesellschaften sogar auf 4.200 €.

- Von der Verhängung dieser Zwangsstrafverfügung kann das Firmenbuchgericht nur dann absehen, wenn das zur Einreichung verpflichtete Organ offenkundig durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis an der fristgerechten Offenlegung gehindert war.
- Wird gegen die Zwangsstrafverfügung ein begründeter **Einspruch** erhoben, tritt sie außer Kraft und das **ordentliche Zwangsstrafverfahren** wird eingeleitet. In diesem Verfahren kann eine **Zwangsstrafe im Ausmaß zwischen 700 € und 3.600 € verhängt werden**. Der Beschluss, mit dem eine Zwangsstrafe im ordentlichen Verfahren verhängt wird, ist auf Kosten des Bestraften zu veröffentlichen. Bei wiederholter festzusetzender Zwangsstrafe gegen Organe von mittelgroßen und großen Kapitalgesellschaften erhöht sich der Strafrahmen auf das drei- bzw sechsfache des Strafrahmens für Organe von kleinen Kapitalgesellschaften.

**Die neuen Zwangsstrafbestimmungen treten zwar mit 1.1.2011 in Kraft, in der Vergangenheit unterlassene Offenlegungen können aber noch bis 28.2.2011 straffrei nachgeholt und damit saniert werden. Um Zwangsstrafen für die Vergangenheit zu vermeiden, sollte bei allen Kapitalgesellschaften daher umgehend überprüft werden, ob sie in der Vergangenheit Offenlegungspflichten nicht erfüllt haben. In diesem Fall kann durch Nachholung der Offenlegung bis 28.2.2011 eine Bestrafung vermieden werden.**

#### **1.6.2 Wichtige Änderungen im Privatstiftungsgesetz**

Das **Privatstiftungsgesetz (PSG)** wird in mehreren Punkten (insbesondere auch zwecks Entschärfung der jüngeren Judikatur des OGH zum Beirat und zum Stiftungsvorstand) wie folgt geändert:

- Angesichts der Kritik der internationalen Geldwäscheorganisation FATF an der angeblichen Intransparenz von Privatstiftungen wird der **Stiftungsvorstand** verpflichtet, dem für die Erhebung der Körperschaftsteuer zuständigen **Finanzamt die festgestellten Begünstigten unverzüglich elektronisch mitzuteilen**. Die Neuregelung tritt mit **1.4.2011** in Kraft. Alle am 31.3.2011 bestehenden Begünstigten sind bis 30.6.2011 dem Finanzamt elektronisch zu melden. Die Verletzung dieser Meldepflichten wird **mit bis zu 20.000 € bestraft**.
- Die **Abberufung eines Stiftungsvorstands** ohne wichtigen Grund durch einen Beirat erfordert künftig eine Mehrheit von mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen. Bei weniger als vier Mitgliedern eines Beirats ist Einstimmigkeit erforderlich.
- Es wird klargestellt, dass **Parteienvetreter nur dann als Stiftungsvorstand** (bzw als Aufsichts- oder Beiräte) **ausgeschlossen** sind, wenn sie konkret mit der Wahrnehmung der Interessen von Begünstigten oder deren Angehörigen in diesen Gremien beauftragt sind.

#### **1.6.3 Wichtige Änderungen im Gerichtsgebührengesetz**

- Die **Grundbucheintragungsgebühr** für Grundstückserwerbe wird von 1% auf **1,1%** angehoben.
- **Grundbucheingaben** werden von derzeit einheitlich 45 € Eingabengebühr auf 38 € bei elektronischer Eingabe verbilligt und auf 53 € bei Eingaben in Papierform verteuert.
- **Firmenbucheingaben** bleiben bei elektronischer Eingabe unverändert. Bei Einreichung in Papierform wird künftig ein Zuschlag in Höhe von 15 € verrechnet.

- Die **Befreiung von der Eingabegebühr für Gesellschaften mit einem Umsatz von unter 70.000 €** bei **elektronischer** Einreichung gilt künftig nur mehr bei Einreichung **innerhalb von 6 Monaten** nach dem Bilanzstichtag (anwendbar auf alle Jahresabschlüsse, für welche die Frist zur Offenlegung nach dem 31.3.2011 endet).

### 1.7 Tipps zum Jahresende – wie Sie dem Sparpaket heuer noch ein Schnippchen schlagen können!

- **Neue Vermögenszuwachsbesteuerung bei Kapitalanlagen**

Die neue Besteuerung von realisierten Kursgewinnen bei Aktien und sonstigen Kapitalanlagen gilt erst für Aktien und Investmentfonds, die nach dem 31.12.2010 erworben werden. **Wenn Sie daher heuer noch Aktien oder Fonds kaufen, können Sie als Anleger nach Ablauf der einjährigen Spekulationsfrist allfällige Kursgewinne weiterhin steuerfrei lukrieren!** Für Anleihen und derivative Produkte (zB Optionen) haben Sie noch länger Zeit: Bei diesen gilt die derzeitige Rechtslage (Steuerpflicht innerhalb der einjährigen Spekulationsfrist, danach ist Veräußerungsgewinn steuerfrei) noch für Erwerbe bis 30.9.2011!

- **Erhöhung der Mineralölsteuer (MöSt)**

Angesichts der Erhöhung der MöSt (inklusive Umsatzsteuer) um **4,80 Cent pro Liter Benzin** bzw **6 Cent pro Liter Diesel** ab 1.1.2011 sollten Sie noch vor dem Jahresende alle Ihre Fahrzeuge volltanken bzw verfügbare Lagerkapazitäten für Benzin und Diesel voll ausnutzen.

- **Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVA)**

Wer einen PS-starken Neuwagen mit einem Schadstoffausstoß von mehr als 180 Gramm (g) CO<sub>2</sub> kaufen will, sollte sich mit seiner Bestellung beeilen: Denn bei diesen PKWs wird **ab 1.3.2011** (Lieferzeitpunkt!) die **NoVA** kräftig erhöht: Bei PKWs mit einem **Schadstoffausstoß über 180g CO<sub>2</sub> steigt der CO<sub>2</sub>-Zuschlag zur NoVA von 25 €/g auf 50 €/g und ab 220 g CO<sub>2</sub> von 25 €/g auf 75 €/g**. Auf die erhöhte **NoVA** kommen dann noch 20% Umsatzsteuer. Das kann bei PS-starken Autos dann schon einige tausend Euro mehr ausmachen!

- **Erhöhung der Tabaksteuer**

Auch die Tabaksteuer wird ab 2011 angehoben, und zwar um 25 bis 35 Cent pro Packung. Kostenbewusste Raucher sollten sich vor Jahresende daher entsprechend eindecken! Jene Raucher, welche die Erhöhung der Tabaksteuer zum Anlass nehmen wollen, dem Finanzminister ein Schnippchen zu schlagen und ganz mit dem Rauchen aufzuhören, finden zweckdienliche Hinweise zur Verwirklichung dieses lobenswerten Neujahrsvorsatzes ua auf diversen Internetseiten, wie zB auf [www.sofort-nichtraucher.com](http://www.sofort-nichtraucher.com) oder auf [www.ohne-nikotin.at](http://www.ohne-nikotin.at).

- **Einführung einer neuen Flugticketabgabe**

Die neue Flugticketabgabe gilt für alle **ab 1.1.2011 gekauften Tickets** für Abflüge von einem österreichischen Flughafen ab 1.4.2011. Wer daher noch heuer seine Tickets für Flüge ab 1.4.2011 kauft, kann sich die Flugticketabgabe ersparen.

- **Nachkauf von Schul- und Studienzeiten wird teurer**

Wie bereits in der letzten Klienteninfo berichtet, wird der **Nachkauf von Schul- und Studienzeiten**, der betragsmäßig unbeschränkt als Sonderausgabe steuerlich absetzbar ist, **ab 2011 teurer**. Wenn Sie derartige Nachkäufe in Erwägung ziehen, dann sollten Sie noch vor dem 31.12.2010 aktiv werden.

## 2 **STEUERSPLITTER**

### 2.1 **Umsatzsteuer: Neuer Leistungsort bei Seminaren und Kongressen**

Mit 1.1.2011 treten neue Bestimmungen zum **Leistungsort für kulturelle, künstlerische, wissenschaftliche, unterrichtende, sportliche, unterhaltende oder ähnliche Leistungen** (wie Leistungen in Zusammenhang mit Messen und Ausstellungen einschließlich der Leistungen der jeweiligen Veranstalter) in Kraft.

- Bei Erbringung derartiger **Leistungen an Unternehmer (B2B)** gilt ab 1.1.2011 grundsätzlich der **Empfängerort** (also jener Ort, an dem der Leistungsempfänger = Kunde sein Unternehmen betreibt) **als Leistungsort**. Vorteil: Der Veranstalter stellt die Rechnung netto mit dem Hinweis auf den Übergang der Steuerschuld auf den Leistungsempfänger (Reverse Charge) aus, der ausländische Kunde erspart sich das Vorsteuererstattungsverfahren.
- Als Ausnahme von der neuen Regel gilt für die **Eintrittsberechtigung** (Eintritt für Theater, Konzert, Messe, Sportveranstaltung, Konferenz und Seminare) sowie damit zusammenhängende sonstige Dienstleistungen (zB Garderobe) **als Leistungsort** jener Ort, wo die Veranstaltung tatsächlich stattfindet (**Veranstaltungsort = Tätigkeitsort**).
- Für derartige **Leistungen an Konsumenten (B2C)** gilt generell der **Tätigkeitsort** als Leistungsort.

### 2.2 **Umsatzsteuer: Neue UVA- und Jahreserklärungsgrenzen ab 2011**

Wie bereits berichtet gelten ab 1.1.2011 für Unternehmer im Zusammenhang mit der Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung und der Umsatzsteuerjahreserklärung folgende neuen Grenzen:

Nettoumsatz	UVA-Zeitraum*)	Verpflichtung zur UVA-Abgabe*)	Verpflichtung zur Abgabe USt-Jahreserklärung**)
bis € 30.000 €	vierteljährlich	nein	nein
über € 30.000 bis € 100.000	vierteljährlich	ja	ja
über € 100.000	monatlich	ja	ja

\*) Maßgeblich ist Vorjahresumsatz

\*\*) Maßgeblich ist Umsatz des betreffenden laufenden Jahres

### 3 **ÄNDERUNGEN BEI LOHNSTEUER UND SOZIALVERSICHERUNG**

#### 3.1 **Fiktion einer Nettolohnvereinbarung**

Bei Beschäftigungsverhältnissen gilt das ausbezahlte Entgelt ab 1.1.2011 immer als Nettoentgelt und muss daher für die Berechnung der allenfalls anlässlich einer Lohnabgabenprüfung nachzuzahlenden Lohnabgaben auf ein entsprechend höheres Bruttoentgelt hochgerechnet werden. Wird bei Beschäftigung einer Person im Rahmen eines Werkvertrages das Beschäftigungsverhältnis anlässlich einer Prüfung als Dienstverhältnis eingestuft, so wird eine **Nettolohnvereinbarung** allerdings dann **nicht angenommen**, wenn für die erhaltenen Bezüge im Hinblick auf die **ursprüngliche rechtliche Einstufung als Werkvertrag** die gesetzlichen **Meldepflichten gegenüber der Finanzbehörde und der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft** erfüllt wurden. Um die Nettolohnfiktion bei bestehenden Werkverträgen auszuschließen, sollten Unternehmer daher bei allen bestehenden Werkverträgen mit Einzelpersonen überprüfen, ob diese ihre Meldeverpflichtungen **gegenüber der Finanzbehörde und der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft erfüllt haben**.

#### 3.2 **Lohnsteuerhaftung für Arbeitnehmer**

Wenn ein Arbeitgeber mit einem Arbeitnehmer **zusammenwirkt** um Lohnabgaben zu hinterziehen, kann ab 2011 der Arbeitnehmer bei Nichteinbringlichkeit der Abgaben beim Arbeitgeber für die **Lohnsteuer direkt** zur Haftung herangezogen werden

#### 3.3 **Neuregelung der Auslandsmontage**

Als Reaktion auf die **Aufhebung der Lohnsteuerbefreiung für bestimmte begünstigte Auslandstätigkeiten** (zB Bauausführungen, Montagen etc) **mit Ablauf des Jahres 2010 durch den VfGH** soll nunmehr mit dem BBG 2011 eine **auf 2 Jahre befristete Übergangsregelung** eingeführt werden. Im Kalenderjahr 2011 bzw 2012 sollen noch 66 % bzw 33 % der Bezüge für derartige begünstigte

Auslandstätigkeiten steuerfrei bleiben. Die Befreiungsbestimmung wurde auf Arbeitgeber in der EU, EWR und Schweiz bzw Drittstaaten-Arbeitgeber mit Betriebsstätten in diesen Ländern ausgeweitet.

### 3.4 Lohnnebenkosten für freie Dienstnehmer

Seit 1.1.2010 unterliegen **freie Dienstverhältnisse** auch den **Lohnnebenkosten** (insbesondere Kommunalsteuer und DB-FLAF) von rund 8%. Zur Bemessungsgrundlage zählen neben der Tätigkeitsvergütung und sonstigen Vergütungen auch **Auslagenersätze und Fahrtkostenvergütungen**. In einer Information des BMF zum Kommunalsteuergesetz wurde nun klargestellt, dass **belegmäßig nachgewiesene Aufwendungen für Reisetickets bzw Nächtigungsmöglichkeiten** in Zusammenhang mit einer beruflichen Reise **nicht kommunalsteuerpflichtig** (und damit wohl auch nicht DB-FLAF-pflichtig) sind. Diese klarstellende Regelung gilt auch für wesentlich beteiligte Gesellschafter-Geschäftsführer.

### 3.5 Verteuerungen der Sozialversicherung durch das BBG 2011

- Anstatt der ursprünglich vorgesehenen schrittweisen Anhebung der GSVG- und BSVG-Pensionsversicherungsbeiträge wird die gesamte Erhöhung schon ab 1.1.2011 in Kraft treten. Damit beträgt der **PV-Beitrag im GSVG ab 2011 17,5%** und im **BSVG 15,25%**.
- Mit Beginn des Jahres 2011 sollen die **Verzugszinsen im ASVG und GSVG** deutlich angehoben werden, da eine neue Berechnungsgrundlage gilt (Basiszinssatz plus 8%), was derzeit eine Verzinsung von **8,38%** ergibt.

### 3.6 Aktuelle Sozialversicherungswerte 2011

Im Folgenden finden Sie die **wichtigsten SV-Werte für das Jahr 2011**. Eine ausführliche Übersichtstabelle erscheint wie bisher in der 1. Ausgabe der Klienten-Info 2011.

Höchstbeitragsgrundlage	monatlich	4.200,00 €
Höchstbeitragsgrundlage Sonderzahlungen	jährlich	8.400,00 €
Höchstbeitragsgrundlage freie DN ohne SZ, GSVG, BSVG	monatlich	4.900,00 €
Geringfügigkeitsgrenze	täglich	28,72 €
Geringfügigkeitsgrenze	monatlich	374,03 €

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Ihre Steuerberatungskanzlei

WT Stixenberger